

Antrag an den Bundesparteitag der CDU Deutschlands am 20. und 21. Februar 2026

Faire, sichere und kontrollierbare Arbeitsverhältnisse in Essenslieferdiensten gewährleisten

Antragsteller: Stephan D. Bremer, (CDU Kreisverband Rhein-Erft)

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine gesetzliche Neuregelung sowie eine wirksame staatliche Überwachung der Arbeitsverhältnisse im Bereich der Essenslieferdienste in Deutschland ein. Ziel ist es, faire Arbeitsbedingungen, verlässlichen Arbeitsschutz, transparente Arbeitszeiten und eine wirksame gewerkschaftliche Vertretung sicherzustellen sowie Scheinselbstständigkeit und prekäre Beschäftigungsmodelle zu unterbinden.

Die CDU Deutschlands fordert daher:

1. **Klare gesetzliche Kriterien zur Abgrenzung von Beschäftigung und Selbstständigkeit** im Bereich der Plattform- und Lieferdienste, um Scheinselbstständigkeit wirksam zu verhindern.
2. **Haftungs- und Verantwortungsklarheit der Plattformbetreiber**, auch bei Einsatz von Subunternehmen, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsschutz, Entlohnung, Sozialversicherungsbeiträge und Arbeitszeiten.
3. **Verbindliche Mindeststandards für Arbeits- und Gesundheitsschutz** bei Lieferdiensten, einschließlich Ausstattung, Versicherungsschutz und Schulungen.
4. **Transparente und überprüfbare Arbeitszeitregelungen**, die auch bei digitaler Einsatzsteuerung eine effektive Kontrolle durch staatliche Aufsichtsbehörden ermöglichen.
5. **Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der gewerkschaftlichen Organisation**, auch in plattformbasierten und dezentralen Arbeitsstrukturen.
6. **Ausbau der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten** der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und der Arbeitsschutzbehörden gegenüber Plattformunternehmen und deren Subunternehmern.

Begründung

Der Markt der Essenslieferdienste hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt und ist zu einem festen Bestandteil der urbanen Versorgungsstruktur geworden. Gleichzeitig mehren sich besorgniserregende Entwicklungen bei den Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten.

Aktueller Anlass ist die Entscheidung von Lieferando als größtem Akteur auf dem deutschen Markt, alle festangestellten Fahrerinnen und Fahrer zu entlassen, um sich nach eigenen Angaben „dem Branchenstandard anzupassen“. Damit wird ein ehemals positives Beispiel für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, geregelte Arbeitszeiten und betrieblichen Arbeitsschutz aufgegeben – nicht, weil es gescheitert wäre, sondern weil sich ein Markt mit zunehmend prekären Strukturen durchgesetzt hat.

An die Stelle regulärer Arbeitsverhältnisse treten zunehmend Konstruktionen über Subunternehmen, kurzfristige oder mündliche Vertragsverhältnisse sowie faktische Abhängigkeiten ohne ausreichenden rechtlichen Schutz. Die Kommunikation mit den Beschäftigten erfolgt teils ausschließlich über informelle Kanäle wie WhatsApp. Verlässliche Arbeitszeitregelungen, transparente Einsatzplanung, effektiver Arbeitsschutz sowie

betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisation werden so systematisch erschwert oder faktisch ausgeschlossen.

Diese Entwicklung widerspricht dem christdemokratischen Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft, in der wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung untrennbar zusammengehören. Wettbewerb darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Gute Arbeit, faire Löhne und verlässliche soziale Sicherung sind Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.

Es darf nicht sein, dass Unternehmen mit höheren Sozial- und Arbeitsstandards wirtschaftlich benachteiligt werden, während diejenigen profitieren, die Verantwortung auslagern und Schutzstandards umgehen. Vielmehr müssen die ehemals guten Ansätze von Lieferando – sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, klare Verantwortlichkeiten, Arbeitsschutz und Mitbestimmung – zum Maßstab für die gesamte Branche werden und nicht umgekehrt.

Die Essenslieferdienste sind kein rechtsfreier Raum. Die CDU steht für eine moderne Arbeitswelt, die Innovation ermöglicht, aber klare Leitplanken setzt. Wer in Deutschland wirtschaftlich tätig ist, muss Verantwortung für die Menschen übernehmen, die diesen Erfolg möglich machen. Mit diesem Antrag bekennt sich die CDU Deutschlands zu fairer Arbeit, sozialer Sicherheit und einer Sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient.



Stephan D. Bremer

Fraktions- und Stadtverbandsvorsitzender CDU Erfstadt